



Kurzprotokoll der 23. Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Berlin, den 28. Januar 2026, 10:24 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, PLH, Sitzungssaal E.200

Vorsitz: Christian Frhr. von Stetten, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 8

Berichte des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

- a) Ausschreibung "Ökonomische Beratung bei der Entwicklung eines neuen Investitionsrahmens für erneuerbare Energien nach dem EEG"

Hierzu wurde verteilt:

21(9)164 Bericht BMW E

- b) Ausschreibung "Fachliche Beratung bei der Ausgestaltung eines Kapazitätsmechanismus für steuerbare Kapazitäten in Deutschland"

Hierzu wurde verteilt:

21(9)164 Bericht BMW E



- c) Grundsatzvereinbarung mit der Europäischen Kommission über Eckpunkte der Kraftwerksstrategie

Hierzu wurde verteilt:

21(9)165 Bericht BMW

- d) Systemische Relevanz von TanQuid für die kritische Infrastruktur sowie Gründe für die Genehmigung der Übernahme von TanQuid durch das U.S.-Unternehmen Sunoco und mit der Genehmigung verbundene Auflagen und Einbindung des Bundeskartellamtes in die Genehmigungsentscheidung

– Vorlage eines gegebenenfalls als Verschlussache eingestuften schriftlichen Berichts –

Hierzu wurden verteilt:

21(9)166 Bericht BMW

21(9)167 Ergänzender Bericht BMW – VS-Vertraulich

Tagesordnungspunkt 2

Seite 11

Antrag der Abgeordneten Dr. Sandra Detzer, Andreas Audretsch, Dr. Julia Verlinden, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wirtschaft 2045 – Innovationen stärken, Zukunftstechnologien fördern, fairen Wettbewerb sichern

BT-Drucksache 21/2723

Federführend:

Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Mitberatend:

Auswärtiger Ausschuss

Finanzausschuss

Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Ausschuss für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Verkehrsausschuss

Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Ausschuss für Forschung, Technologie, Raumfahrt und Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für Digitales und Staatsmodernisierung

Ausschuss für die Angelegenheiten der

Europäischen Union

Haushaltsausschuss



Tagesordnungspunkt 3

Seite 11

Antrag der Abgeordneten Leif-Erik Holm,
Kay Gottschalk, Jörn König, weiterer Abgeordneter
und der Fraktion der AfD

Zölle durch positive Anreize für die USA senken

BT-Drucksache 21/3313

Federführend:

Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Mitberatend:

Auswärtiger Ausschuss

Finanzausschuss

Ausschuss für Digitales und Staatsmodernisierung

Ausschuss für die Angelegenheiten der

Europäischen Union

Tagesordnungspunkt 4

Seite 12

Wahl der Mitglieder der Kommission zur
Überprüfung der sicherheitsrelevanten
Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und
China

BT-Drucksache 21/2719

Plenarprotokoll 21/40

Hierzu wurden verteilt:

21(9)162 NEU Wahlvorschläge

21(9)163 Lebensläufe (VS-NfD)

Tagesordnungspunkt 5

Seite 13

zur Mitberatung überwiesene nationale Vorlagen

a) Gesetzentwurf der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der
Richtlinie (EU) 2022/2557 und zur Stärkung der
Resilienz kritischer Anlagen**

BT-Drucksache 21/2510

Hierzu wurde verteilt:

21(26)15-15 Gutachtliche Stellungnahme

21(4)127 Änderungsantrag

21(4)128 EntschlieÙung

Federführend:

Innenausschuss

Mitberatend:

Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Verteidigungsausschuss

Verkehrsausschuss

Ausschuss für Digitales und Staatsmodernisierung

Gutachtlich:

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung
und Zukunftsfragen



- b) Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Olympische und Paralympische Sommerspiele –
Volle Unterstützung einer deutschen Bewerbung**

BT-Drucksache 21/3029

Federführend:

Ausschuss für Sport und Ehrenamt

Mitberatend:

Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Verkehrsausschuss

Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

Ausschuss für Tourismus

Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen
und Kommunen

Haushaltsausschuss

- c) Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Eckpunkte der Bundesregierung zur Mobilisierung
des Privatsektors für den Wiederaufbau der
Ukraine**

BT-Drucksache 20/11100

Federführend:

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Mitberatend:

Finanzausschuss

Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen
Union

Haushaltsausschuss

Tagesordnungspunkt 6

Seite 13

Abstimmungen zu den Tagesordnungspunkten 2
und 3

Tagesordnungspunkt 7

Seite 13

**zur Mitberatung überwiesene EU-Vorlagen ohne
Aussprache**

- a) **Gemeinsamer Vorschlag für eine Verordnung des
Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr.
833/2014 des Rates über restriktive Maßnahmen
angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage
in der Ukraine destabilisieren**

JOIN(2025)350 endg.; Ratsdok.-Nr. 16369/25

Federführend:

Auswärtiger Ausschuss

Mitberatend:

Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Ausschuss für die Angelegenheiten der
Europäischen Union



- b) **Gemeinsamer Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren**

JOIN(2025)351 endg.; Ratsdok.-Nr. 16370/25

Federführend:

Auswärtiger Ausschuss

Mitberatend:

Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

- c) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über eine mit dem Binnenmarktinformationssystem verbundene öffentliche Schnittstelle für die Erklärung über die Entsendung von Arbeitnehmern und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012**

KOM(2024)531 endg.; Ratsdok.-Nr. 15620/24

Federführend:

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Mitberatend:

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Ausschuss für Digitales und Staatsmodernisierung

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

- d) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/1057 zur Einrichtung des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) in Bezug auf spezifische Maßnahmen zur Bewältigung strategischer Herausforderungen**

KOM(2025)164 endg.; Ratsdok.-Nr. 7690/25

Federführend:

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Mitberatend:

Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Verteidigungsausschuss

Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

- e) **Bericht der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über die Durchführung, die Ergebnisse und die Gesamtbewertung des Europäischen Jahres der Kompetenzen**

KOM(2025)583 endg.; Ratsdok.-Nr. 14202/25

Federführend:

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Mitberatend:

Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Ausschuss für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Digitales und Staatsmodernisierung

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union



- f) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 zur Festlegung der Modalitäten für die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004**

KOM(2016)815 endg.; Ratsdok.-Nr. 15642/16

Federführend:

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Mitberatend:

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Ausschuss für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Gesundheit
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Tagesordnungspunkt 8

Seite 14

Vorstellung des Jahreswirtschaftsberichts 2026 der Bundesregierung durch die Bundesministerin für Wirtschaft und Energie Katherina Reiche

Hierzu wurde verteilt:

21(9)168 Jahreswirtschaftsbericht 2026 der Bundesregierung

Tagesordnungspunkt 9

Seite 14

Verschiedenes

Tagesordnungspunkt 10

Seite 13

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 27. August 2025 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Erschließung von grenzüberschreitenden Kohlenwasserstofflagerstätten in der Nordsee

BT-Drucksache 21/3491

Beschlussfassung über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung

Federführend:

Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Mitberatend:

Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit

**Anwesenheit laut Unterschriftenliste oder Rückmeldung bei digitaler Teilnahme:
Mitglieder des Ausschusses**

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Baumgartner, Günter Gramling, Fabian Kappe, Nicklas Koller, Hans Kuban, Tilman Ludwig, Dr. Saskia Metzler, Jan Rohwer, Lars Stetten, Christian Frhr. von Wiener, Dr. Klaus Winkelmeier-Becker, Elisabeth Zobel, Vanessa	Bareiß, Thomas Güntzler, Fritz Moser, Christian
AfD	Bernhard, Marc Holm, Leif-Erik Komning, Enrico Kotré, Steffen Scheirich, Raimond Schulz, Uwe Weiser, Mathias	
SPD	Bettermann, Daniel Kleebank, Helmut Kreiser, Dunja Özdemir, Mahmut Peick, Jens Roloff, Sebastian Scheer, Dr. Nina Walter, Daniel	
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Alhamwi, Dr. Alaa Detzer, Dr. Sandra Joswig, Julian Kellner, Michael Stein, Sandra Uhlig, Katrin	Wagner, Johannes
Die Linke	Cezanne, Jörg Conrad, Agnes Wissler, Janine	

Ministerium bzw. Dienststelle	Name	Amtsbezeichnung
BMWE	Reiche, Katharina	BM
BMWE	Rouenhoff, Stefan	PStS
BMWE	Pieper, Sebastian	MR



Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der **Vorsitzende** begrüßt die Teilnehmenden. Er weist darauf hin, dass sie mit der Sitzung heute früher beginnen würden, da die Sitzung pünktlich um 12.20 Uhr geschlossen werden müsse. Die Abgeordneten müssten rechtzeitig zur Gedenkstunde im Plenarsaal sein.

Mit Aussprache würden die Tagesordnungspunkte 1 a bis c, 2, 3 und 8 behandelt.

Tagesordnungspunkt 1

Berichte des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

a) Ausschreibung "Ökonomische Beratung bei der Entwicklung eines neuen Investitionsrahmens für erneuerbare Energien nach dem EEG"

b) Ausschreibung "Fachliche Beratung bei der Ausgestaltung eines Kapazitätsmechanismus für steuerbare Kapazitäten in Deutschland"

Abg. **Fabian Gramling** (CDU/CSU) erläutert, die Energiepolitik sei zu Beginn der Legislaturperiode neu ausgerichtet worden. Der Fokus sei auf Kosteneffizienz, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit gelegt worden. Eine Energiewende bedeute nicht nur, dass die erneuerbaren Energien ausgebaut würden, es gehe auch darum, sie bezahlbar und kostentragfähig zu gestalten. Insofern müssten sie nachsteuern, auch mit Blick auf die Akzeptanz der Bevölkerung. Es sei wichtig, Differenzkontrakte für die Förderung der erneuerbaren Energien einzuführen und die Förderung auf eine marktwirtschaftliche Basis zu stellen. In Bezug auf das Ziel der Versorgungssicherheit müssten sie bis 2027 eine neue Grundlage mit den Kapazitätsmärkten schaffen. Die Bundesregierung werde dazu einen guten Vorschlag erarbeiten.

Abg. **Steffen Kotré** (AfD) kritisiert, die Energiewende sei weder bezahlbar noch umweltschonend oder versorgungssicher. Es sei daher verwunderlich, dass nur innerhalb des falschen Systems Verbesserungen erzielt werden sollten. Die Energiewende müsse beendet werden. Er erinnere an den Bericht des Bundesrechnungshofes von vor zwei Jahren. Er habe dem Bericht entnommen, dass die Energiewende gescheitert sei, die Kosten aus dem

Ruder liefen und kein Monitoring in Bezug auf Umweltprobleme erfolge.

Abg. **Dr. Nina Scheer** (SPD) fragt nach, inwieweit sie die Leistungsbeschreibungen angesichts der aktuellen Lage gewährleisten könnten, unter anderem mit Blick auf die Zollvereinbarungen zwischen der EU und den USA. Es sei wichtig, Resilienz zu gewährleisten. Sie müssten die Energiesicherheit auch über technologische Resilienz und den weiteren Hochlauf im beschleunigten Umstieg auf die erneuerbaren Energien gewährleisten. In einigen Segmenten sei der Hochlauf erfolgreich. Aktuell gebe es einen Einknick bei den Dachanlagen. Sie möchte wissen, wie Dezentralität, Werthaltigkeit und local content gewährleistet würden.

Abg. **Katrin Uhlig** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, ihrem Verständnis nach sei am 22. Dezember die ökonomische Beratung für die Weiterentwicklung eines neuen Investitionsrahmens für erneuerbare Energien nach dem EEG bezuschlagt worden. Die Europäische Kommission habe vorgegeben, dass möglichst zeitnah ein Clawback-Mechanismus auf den Weg gebracht werden müsse. Daran hänge insbesondere die Genehmigung des Solarpakets I. Insofern verwundere es sie, dass in den Ausschreibungsbedingungen die geschätzte Dauer auf 24 Monate festgelegt worden sei. Wie sollten damit kurzfristige Lösungen erzielt werden? Darüber hinaus sei angekündigt worden, dass sie in diesem Jahr noch einen Rahmen für einen Kapazitätsmarkt bekommen würden. In den Ausschreibungen könne aber von 23 Monaten die Rede sein. Wie sollte Ende des nächsten Jahres eine Vorlage für ein Gesetz vorliegen, dass dieses Jahr eingebracht werden sollte?

Abg. **Jörg Cezanne** (Die Linke) führt aus, in dem Dialogprozess im Rahmen der Plattform Klimaneutrales Stromsystem seien ursprünglich vier Optionen vorgeschlagen worden. Nun scheine keine dieser Optionen mehr in Frage zu kommen. Stattdessen solle es ein potenzialbasiertes Modell geben. Er möchte wissen, was die Gründe dafür seien und welche Vorteile sich die Bundesregierung davon verspreche.



PStS **Stefan Rouenhoff** (BMWE) antwortet, mit dem Energiewendemonitoring schafften sie die Grundlage dafür, dass Kosteneffizienz, Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit in den Mittelpunkt der Energiepolitik rückten. Sie arbeiteten mit Hochdruck an der Kraftwerksstrategie. Hierzu gehörten auch technische Einschätzungen und Auswirkungen von bestimmten Mechanismen, die sie einführten, sowohl bei der EEG-Novelle als auch beim Kapazitätsmarkt. Mit diesen Instrumenten, Differenzverträgen und Clawback-Mechanismen, die auch von europäischer Seite entsprechend eingefordert würden, wollten sie mehr Kosteneffizienz in das System bringen.

An Herrn Kotré gewandt führt er aus, mit dem Energiewende-Monitoring hätten sie genau die Punkte in den Blickpunkt gerückt, die wichtig seien, um Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit in den Blick zu nehmen.

Mit Blick auf die Fragen von Herrn Cezanne führt er aus, alle vier Optionen seien weiterhin möglich. Sie hätten sich noch nicht festgelegt, die Beratung dauere noch an.

An Frau Uhlig gewandt führt er aus, wenn sie sich die Ausschreibungen konkret anschauen, gebe es Möglichkeiten, dafür Beratung in Anspruch zu nehmen und Informationen bereitzustellen. Den Rahmen für den Kapazitätsmarkt würden sie 2027 schaffen. Es sei geplant, die Gesetzgebung zur Kraftwerksstrategie vor der Sommerpause auf den Weg zu bringen.

MR **Sebastian Pieper** (BMWE) ergänzt, die Erfahrung zeige, dass nach der EEG-Novelle vor der EEG-Novelle sei. Sie würden versuchen, noch im Sommer das parlamentarische Verfahren durchlaufen zu haben. Es sei davon auszugehen, dass es eine Reihe von neuen Designentscheidungen geben werde, die deutlich anders sein würden als bisher. Insofern sei ein gewisser Nachsteuerungsbedarf nicht auszuschließen. Es hänge davon ab, wie sich die Marktlage und die Ausschreibungen entwickelten.

c) Grundsatzeinigung mit der Europäischen Kommission über Eckpunkte der Kraftwerksstrategie

Abg. **Lars Rohwer** (CDU/CSU) erläutert, dass die erfolgreiche Verhandlung der Kraftwerkstrategie ein wichtiger Schritt sei, um Rechtssicherheit zu schaffen. Insbesondere sei das Thema Versorgungssicherheit in den Mittelpunkt gestellt worden. Das Ziel der Dekarbonisierung bleibe bestehen, sei aber nicht mehr Ziel Nummer 1. Der dauerhafte Kapazitätsmarkt werde nicht erst 2028, sondern bereits 2027 eingeführt. Es sei im Koalitionsvertrag vereinbart, dass Gaskraftwerke deutschlandweit vorrangig an bestehenden Kraftwerksstandorten entstehen würden. Er fragt, welche Schritte die Bundesregierung bei den bestehenden Ausschreibungen vornehmen wolle und wie sich der weitere Ausschreibungsprozess gestalten werde.

Abg. **Marc Bernhard** (AfD) führt aus, das BMWE habe im Jahr 2023 ermittelt, dass es im Jahr 2030 einen Kapazitätsbedarf von 25 Gigawatt an steuerbaren Kraftwerken geben werde. Die Bundesnetzagentur sei der Auffassung, dass es bis zum Jahr 2035 sogar 35 Gigawatt (GW) sein müssten. Die Europäische Union habe nun allerdings nur 12 Gigawatt Kapazität genehmigt. Was seien die Erklärungen für diese Diskrepanz. Er kritisiert, dass Gaskraftwerke wasserstoffready gebaut werden sollten, dies technisch aber noch gar nicht möglich sei.

Abg. **Dr. Nina Scheer** (SPD) kritisiert, sie habe gewisse Inkongruenzen zwischen dem Koalitionsausschussbeschluss und dem nun vorliegenden Hintergrundpapier zur Kraftwerkstrategie entdeckt. Insbesondere sei nun von 12 GW die Rede. Interessant sei auch die aktuelle Meldung, dass in Bayern ein großer Biogasanlagenverbund an das Gasnetz angeschlossen werde. Sie fragt, wie der gesetzliche Vorrang der Erneuerbaren Energien gewährleistet werde.

Abg. **Katrin Uhlig** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, in dem Bericht stehe, dass ein umfassender Kapazitätsmarkt eingeführt werde, der ab dem Jahr 2027 operativ sei. Sie schließe daraus, dass vorher ein Gesetzgebungsverfahren durchgeführt werden müsse. Sie fragt, wann mit der Vorlage eines Gesetzesentwurfes zu rechnen sei und wann die Ausschreibungen beginnen würden.



Abg. **Jörg Cezanne** (Die Linke) führt an, der Gesamtzusammenhang sei etwas schwer zu erfassen. Er fragt, ob das von der Deutschen Umwelthilfe veröffentlichte Non-Paper mit dem Stand vom 31. Dezember 2025 von der Bundesregierung stamme und, ob es noch aktuell sei. Warum werde nicht darüber nachgedacht, die Laufzeiten, also die Betriebsstunden für Gaskraftwerke pro Jahr zu begrenzen, um anderen Technologien über einen Pull-Effekt möglichen Schub zu verleihen? Er möchte außerdem wissen, ob dann auch niedrigere Löhne gezahlt würden und wie sichergestellt werde, dass auch kleinere Anbieter in den Ausschreibungen der 10 GW zum Zuge kämen.

PStS **Stefan Rouenhoff** (BMW) antwortet, es zu sei zunächst einmal erforderlich, dass die Kraftwerkstrategie gesetzlich hinterlegt werde. Dies solle bis zur Sommerpause passieren, sodass sie im Spätsommer / Herbst schon in die Ausschreibungen gehen könnten. Es sei geplant, die 12 GW 2026 auszu-schreiben. Da von einem Ad-hoc-Kapazitätsmechanismus die Rede sei, würden 2027 weitere GW ausgeschrieben und weitere Restmengen in 2029. Die Vergütung erfolge dann ab 2031.

Zu dem Thema Technologieoffenheit brauche er nichts Weiteres zu sagen. 2027 würden sie den Kapazitätsmarkt regulatorisch festlegen. Es solle noch vor der Sommerpause im Bundestag eine Verabschiedung geben. 2028 werde es eine Bewertung geben, welche Kapazitäten im Markt seien und was möglicherweise zusätzlich ausgeschrieben werden müsse.

Selbstverständlich seien Biogasanlagen und Biomasseanlagen in der Lage, in das Stromnetz einzuspeisen. Biomasseanlagen könnten sich selbstverständlich auch auf den Kapazitätsmechanismus und wahrscheinlich auch auf die Kraftwerkstrategie bewerben. Am Ende sei die Frage, ob das Förderinstrumentarium in diesem Rahmen für die Biomasseanlagen geeigneter sei als das, was sie bereits im Biomassepaket verabschiedet hätten.

An Frau Uhlig gewandt führt er aus, eine Beihilfe sei notwendig, es brauche eine beihilferechtliche Genehmigung der Kraftwerkstrategie. Der Gesetzesentwurf werde auch von der Kommission

beleuchtet. Der Ausschreibungsprozess werde derzeit noch erarbeitet.

Die Fragen von Herrn Cezanne würden schriftlich beantwortet.¹

Abg. **Katrin Uhlig** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt nach, ob es Bedingungen dafür gebe, dass die EU-Kommission am Ende die Kraftwerkstrategie als Gesetz genehmige. Wie zum Beispiel, dass ein Kapazitätsmarkt in Planung sei.

PStS **Stefan Rouenhoff** (BMW) antwortet, es habe mit der EU-Kommission intensive Verhandlungen gegeben. Die Kommission habe gefordert, einen Kapazitätsmechanismus zu entwickeln und einzubinden.

d) Systemische Relevanz von TanQuid für die kritische Infrastruktur sowie Gründe für die Genehmigung der Übernahme von TanQuid durch das U.S.-Unternehmen Sunoco und mit der Genehmigung verbundene Auflagen und Einbindung des Bundeskartellamtes in die Genehmigungsentscheidung

– Vorlage eines gegebenenfalls als Verschlusssache eingestuften schriftlichen Berichts –

Der **Vorsitzende** erklärt, dass zu Tagesordnungspunkt 1d keine Aussprache vereinbart sei und verweist auf den schriftlichen Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.

¹ Siehe Anlage.



Tagesordnungspunkt 2

Antrag der Abgeordneten Dr. Sandra Detzer, Andreas Audretsch, Dr. Julia Verlinden, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wirtschaft 2045 – Innovationen stärken, Zukunftstechnologien fördern, fairen Wettbewerb sichern

BT-Drucksache 21/2723

Abg. **Dr. Sandra Detzer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erläutert, der Antrag enthalte eine saubere Analyse, wie die gegenwärtigen Baustellen in der Wirtschaft jeweils zu bewerten seien. Es gehe darum, gute Standortbedingungen zu schaffen und die Transformation erfolgreich zu gestalten. Die Dekarbonisierung biete insbesondere für Klimatechnologien in Deutschland enorme Wachstumspotenziale. Die Bundesregierung müsse auch die Geopolitik in den Blick nehmen und sich im Rahmen der europäischen Partnerschaften um fairen Wettbewerb bemühen. Sie sähen die Verzögerung bei der Umsetzung des Industrial Accelerator Acts auf Europäischer Ebene mit großer Sorge. Das Potenzial des Binnenmarktes müsse gehoben und die Zölle zwischen den Mitgliedsstaaten gesenkt werden.

Abg. **Dr. Klaus Wiener** (CDU/CSU) kritisiert, der Antrag beinhalte im Wesentlichen die Wirtschaftspolitik, die im letzten Jahr abgewählt worden sei. Die Bestandsanalyse sei bemerkenswert. In den letzten dreieinhalb Jahren habe man eher an Wettbewerbsfähigkeit verloren als diese zu beschleunigen. Positiv sei, dass der Antrag die Themen faire Wettbewerbsbedingungen in Bezug auf China, die Stabilisierung von Lohnnebenkosten und die Flexibilisierung des Renteneintritts thematisiere. Nicht nachvollziehbar sei dagegen die Forderung, Finanzmärkte transparenter zu machen. Diese seien in den letzten Jahren übertransparent geworden.

Abg. **Mathias Weiser** (AfD) führt aus, der Antrag sei wirtschaftsfeindlich und die Umsetzung dieses Antrages käme einem wirtschaftlichen Suizid des Industriestandortes Deutschlands gleich. Die antragstellende Fraktion halte weiterhin an der gescheiterten Energiewende fest und würde mit der in dem Antrag vorgeschlagenen Politik die

Produktion in Deutschland verteuern. Die Produkte wären auf dem Weltmarkt dann nicht mehr absatzfähig.

Abg. **Sebastian Roloff** (SPD) lobt zunächst, dass man nun schrittweise aus der Stagnation herauskomme. Dies ändere aber nichts an der strukturellen Krise. Die Maßnahmen der Bundesregierung, die auf den Weg gebracht worden seien, würden bereits wirken, benötigten aber noch etwas Zeit, um ihre volle Wirkung zu entfalten. In dem Antrag seien einige Punkte enthalten, die seine Fraktion teile. Beispielsweise in Bezug auf die Themen grüne Leitmärkte, local content und Energiepreise.

Abg. **Janine Wissler** (Die Linke) äußert, es sei grundsätzlich ein guter Antrag, der viele Probleme richtig benenne. Korrekt seien auch die Forderungen in Bezug auf eine aktive Industriepolitik, gute Löhne und das Voranbringen der Energiewende. Ihre Fraktion halte die Punkte, welche die Fraktion der CDU/CSU gut gefunden habe, für kritisch. Insbesondere die Flexibilisierung des Renteneintrittsalters und die Frage der Lohnnebenkosten. Da sie dennoch vieles an dem Antrag für gut befänden, handle es sich ihrerseits um eine sehr wohlwollende Enthaltung.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 21/2723 zu empfehlen.

Tagesordnungspunkt 3

Antrag der Abgeordneten Leif-Erik Holm, Kay Gottschalk, Jörn König, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Zölle durch positive Anreize für die USA senken

BT-Drucksache 21/3313

Abg. **Leif-Erik Holm** (AfD) erläutert, seine Fraktion hätte diesen Antrag angesichts der Zollforderungen aufsetzen lassen, die im Zusammenhang mit dem Thema Grönland erhoben worden seien. Das sei nun glücklicherweise nicht mehr akut, aber es sei auch grundsätzlich wichtig über das Thema zu sprechen. Sie benötigten geeignete Lösungen für



den nächsten Fall. Der französische Präsident habe gefordert, das Instrument ACI (Anti-Coercion Instrument) zu aktivieren. Aus der Sicht seiner Fraktion sei dieses Instrument zu langwierig. Sie benötigten schnellere Reaktionen. In dem Antrag forderten sie, reziproke Gegenzölle vorzubereiten, die automatisch aktiviert werden könnten. Dazu müssten Handelshemmnisse beseitigt oder zumindest verringert werden und Bürokratie müsse abgebaut werden.

Abg. **Tilman Kuban** (CDU/CSU) führt aus, es sei widersprüchlich, dass die antragstellende Fraktion die Bundesregierung auffordere, weitere Handelsabkommen im Bundestag zur Abstimmung zu stellen, die Fraktion sich aber vor kurzem gemeinsam mit den Grünen und den Linken auf ein starkes Signal gegen den Freihandel eingeschworen habe. Außenwirtschaftspolitik funktioniere nicht mittels ideologischer Ablenkungsmanöver. Die US-Zollpolitik folge im Übrigen nicht immer nur rationalen Erwägungen.

Abg. **Dr. Sandra Detzer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) kritisiert die Prioritätensetzung des Antrages. Die Rechtsstaatlichkeit sei die Grundlage von wirtschaftlicher Prosperität in Deutschland. Was in den USA gerade in Bezug auf ICE zu beobachten sei, sei das Gegenteil von Verlässlichkeit, von Rechtsstaatlichkeit und von Menschenwürde. Die Fraktion der AfD habe vorgeschlagen, ICE auch in Deutschland einzusetzen und ähnliche Strukturen zu etablieren. Das sei ein wesentlich größerer Punkt als alles, was derzeit im Hinblick auf Zölle diskutiert werde.

Abg. **Daniel Walter** (SPD) erläutert, der Antrag zeige eine blanke Anbiederung an Präsident Trump. Damit werde alles geopfert, was der europäischen Wirtschaft wichtig sei, zum Beispiel CBAM (Carbon Border Adjustment Mechanism) und die Rechtsstaatlichkeit. Der Antrag sei aber nicht nur inhaltlich falsch, sondern auch strategisch falsch. Zudem sei er zeitlich überholt und es habe sich gezeigt, dass europäische Geschlossenheit der richtige Weg sei.

Abg. **Janine Wissler** (Die Linke) äußert, es handle sich um einen schlechten Antrag, der sich Präsident Trump anbiedere. Er sei auch aus

ökonomischer Sicht schlecht. Daher lehnten sie den Antrag ab.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 21/3313 zu empfehlen.

Tagesordnungspunkt 4

Wahl der Mitglieder der Kommission zur Überprüfung der sicherheitsrelevanten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und China

BT-Drucksache 21/2719

Plenarprotokoll 21/40

Der **Vorsitzende** erläutert, dass der Deutsche Bundestag am 13. November 2025 die Einsetzung einer Kommission zur Überprüfung der sicherheitsrelevanten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und China beschlossen habe. Der Beschluss sehe vor, dass der Kommission Sachverständige aus 13 Organisationen angehören. Diese Organisationen hätten je einen Sachverständigen bzw. eine Sachverständige vorgeschlagen, die im Ausschuss durch eine Wahl bestätigt werden sollten. Den Ausschussmitgliedern seien die Wahlvorschläge der Organisationen übersandt worden. Die Lebensläufe seien ihnen ebenfalls übermittelt worden. Die Obleute seien übereingekommen, dass vorgeschlagen werde, über diese Liste insgesamt per Handzeichen abzustimmen. Er höre keinen Widerspruch. Daher würden sie die Abstimmung nun so vornehmen.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke die Annahme der Wahlvorschläge auf Ausschussdrucksache 21(9)162neu.



Tagesordnungspunkt 5

zur Mitberatung überwiesene nationale Vorlagen

a) Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2557 und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen

BT-Drucksache 21/2510

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke, die Annahme des Änderungsantrags auf Ausschussdrucksache 21(4)127 zu empfehlen.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke, die Annahme des Gesetzentwurfs auf Drucksache 21/2510 in geänderter Fassung zu empfehlen.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Annahme des Entschließungsantrags auf Ausschussdrucksache 21(4)128 zu empfehlen.

b) Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Olympische und Paralympische Sommerspiele – Volle Unterstützung einer deutschen Bewerbung

BT-Drucksache 21/3029

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke, die Annahme des Antrags auf Drucksache 21/3029 zu empfehlen.

c) Unterrichtung durch die Bundesregierung

Eckpunkte der Bundesregierung zur Mobilisierung des Privatsektors für den Wiederaufbau der Ukraine

BT-Drucksache 20/11100

Der Ausschuss empfiehlt, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen.

Tagesordnungspunkt 6

Abstimmungen zu den Tagesordnungspunkten 2 und 3

Der Vorsitzende erklärt, dass unter Tagesordnungspunkt 6 nur die Abstimmungen zu den Tagesordnungspunkten 2 und 3 vorgesehen seien.

Tagesordnungspunkt 10

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 27. August 2025 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Erschließung von grenzüberschreitenden Kohlenwasserstofflagerstätten in der Nordsee

BT-Drucksache 21/3491

Beschlussfassung über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Durchführung einer öffentlichen Anhörung.

Tagesordnungspunkt 7

zur Mitberatung überwiesene EU-Vorlagen ohne Aussprache

a) **Gemeinsamer Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren**

JOIN(2025)350 endg.; Ratsdok.-Nr. 16369/25



b) Gemeinsamer Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren

JOIN(2025)351 endg.; Ratsdok.-Nr. 16370/25

c) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über eine mit dem Binnenmarktinformationssystem verbundene öffentliche Schnittstelle für die Erklärung über die Entsendung von Arbeitnehmern und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012

KOM(2024)531 endg.; Ratsdok.-Nr. 15620/24

d) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/1057 zur Einrichtung des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) in Bezug auf spezifische Maßnahmen zur Bewältigung strategischer Herausforderungen

KOM(2025)164 endg.; Ratsdok.-Nr. 7690/25

e) Bericht der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über die Durchführung, die Ergebnisse und die Gesamtbewertung des Europäischen Jahres der Kompetenzen

KOM(2025)583 endg.; Ratsdok.-Nr. 14202/25

f) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 zur Festlegung der Modalitäten für die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004

KOM(2016)815 endg.; Ratsdok.-Nr. 15642/16

Der Ausschuss empfiehlt, die Vorlagen zur Kenntnis zu nehmen.

Tagesordnungspunkt 9

Verschiedenes

Der **Vorsitzende** fragt, ob es Wortbeiträge zu dem Tagesordnungspunkt Verschiedenes gebe. Er stellt fest, dass dies nicht der Fall sei.

Tagesordnungspunkt 8

Vorstellung des Jahreswirtschaftsberichts 2026 der Bundesregierung durch die Bundesministerin für Wirtschaft und Energie Katherina Reiche

Der **Vorsitzende** begrüßt die Bundesministerin für Wirtschaft und Energie, Katherina Reiche. Er erklärt, dass sie mit einer Einführung beginnen werde und im Anschluss zwei Fraktionsrunden durchgeführt würden.

BMn **Katherina Reiche** (BMWE) erläutert, das Bundeskabinett habe heute den Jahreswirtschaftsbericht 2026 beschlossen. Sie werde die Eckdaten der Jahresprojektion vorstellen und auf einige Handlungsschwerpunkte eingehen. Deutschland komme aus zwei Jahren Rezession, 2023 mit minus 0,9 Prozent, 2024 mit minus 0,5 Prozent. Es habe eine de facto Stagnation gegeben, 2025 mit 0,2 Prozent. 2026 sähen sie nun die erste konjunkturelle Erholung. In diesem Jahr erwarteten sie ein Wachstum von 1,0 Prozent, 2027 von 1,3 Prozent. Auch die Bundesbank und weitere Wirtschaftsinstitute würden von ähnlichen Zahlen ausgehen. Im Vergleich zu den im Herbst vorgestellten Zahlen habe es eine Korrektur nach unten gegeben. Dies liege daran, dass die wirtschafts- und finanzpolitischen Impulse nicht ganz so schnell wirkten wie erwartet. Nun sähen sie eine Erholung bei den Auftragseingängen, insbesondere bei den Investitionsgüterproduzenten. Auch bei der Industrieproduktion gehe der Auftragseingang um 4 Prozent nach oben, davon aus dem Inland 9,7 Prozent, bei Investitionsgütern 5,2 Prozent und bei der Produktion im Dreimonatsvergleich plus 0,7 Prozent. Wachstumsimpulse seien insbesondere aus der Binnenwirtschaft zu erwarten, vor allem bei öffentlichen Investitionen, aber auch im privaten und im öffentlichen Konsum. Dementsprechend sehe die Bundesregierung gute Chancen auf eine Belebung.

Die geplanten Ausgaben aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität und aus dem



Sondervermögen der Bundeswehr, das Investitions-
sofortprogramm, die Maßnahmen zur Entlastung
der Energiepreise, das Standortfördergesetz, die
Maßnahmen zur Verfahrensbeschleunigung, Verga-
beprozesse und Bürokratierückbau würden hoffent-
lich die konjunkturellen Impulse unterstützen. Sie
sähen auch im privaten Konsum langsam eine Er-
holung. Die Effektivlöhne, also Bruttolöhne und
Gehälter je Erwerbstätigen, seien nach einem An-
stieg 2025 von rund 4,5 Prozent in diesem Jahr um
3,5 Prozent gestiegen, stärker als die Inflation. Die
Inflation sei stabil. Die unteren Einkommensbezie-
her profitierten darüber hinaus von einer deutli-
chen Mindestloohnerhöhung. Plus 8,4 Prozent 2026,
von 12,82 Euro auf 13,90 Euro und plus weitere 5
Prozent auf 14,60 Euro Anfang 2027.

Schwierig bleibe die Außenwirtschaft. Die welt-
wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die geo-
politischen Spannungen trafen Deutschland, da die
Wirtschaft exportorientiert sei. Jeder externe
Schock schaffe Unsicherheit und damit Belastun-
gen für das Geschäft. Die Wirtschaft erweise sich
durchaus als im Kern robust. Gleichwohl behinder-
ten die gestiegenen US-Zölle aus dem letzten Jahr
Lieferketten. Exporte seien insgesamt zurückgegan-
gen. Auch die Direktinvestitionen in den Vereinig-
ten Staaten hätten abgenommen. Außerdem gebe es
einen sich umkehrenden Handel mit China. Das
bilaterale Handelssaldo habe sich deutlich verän-
dert. Sie sähen zum einen den Versuch, europäi-
sche Märkte mit subventionierten Produkten zu
schwemmen, wie im Stahlsektor. Allerdings ge-
linge es den Chinesen zunehmend auch, mit hoch-
wertigen Industriegütern, Maschinen- und Anla-
genbau in den Markt zu drängen.

Insgesamt gebe es eine Chance, dass sich das Land
aus der Stagnation befreie, aber die Unsicherheit
zeige auch, dass strukturelle Anpassungen vorge-
nommen werden müssten. Ein selbsttragendes
Wachstum könnten sie nur dann erreichen, wenn
sie öffentliche Impulse mit strukturellen Reformen
kombinierten und die Tragfähigkeit der Staats-
finanzen stabil hielten. Die größte Herausforderung
werde sein, das Investitionsgeschehen auch auf die
privaten Investitionen in gleichem Maße auszudeh-
nen.

An Handlungs- und Reformfeldern stünde im Jah-
reswirtschaftsbericht Bürokratie nicht aufzubauen,
sondern abzubauen, Staatsmodernisierung, Infra-
struktur, Innovation, Energie, das Arbeitsangebot

zu steigern und Handelsdiversifizierung sowie
europäische Integration. Digitalisierung sei ein
Schwerpunktthema.

Sie könnten mit großer Erleichterung aufnehmen,
dass es gelinge, wenn Partner wegbrächen, mit de-
nen man stabile Beziehungen über viele Jahrzehnte
gehabt habe, mit anderen Partnern in der Welt
durch Abkommen in gesicherte Handelsbeziehun-
gen einzutreten. Mercosur sei ausgehandelt. Das
Handelsabkommen mit Indien sei ebenfalls ein
wichtiges Signal.

Abg. **Dr. Klaus Wiener** (CDU/CSU) erklärt, der Be-
richt bestätige, dass die Regierung auf einem guten
Kurs sei. Das sähen sie auch bei den Indikatoren.
Die Gründe habe die Ministerin genannt. Jetzt kä-
men sie in eine entscheidende Phase, in der sie
weitere Strukturreformen durchführen müssten. Er
möchte wissen, welche von den genannten Maß-
nahmen aus der Sicht der Ministerin absolut priori-
tär sei, damit aus dem Wachstum von voraussicht-
lich einem Prozent ein dauerhafter, sich selbst tra-
gender Aufschwung werden könne. Außerdem sei
die Binnennachfrage in geopolitisch schwierigen
Zeiten absolut wichtig für die Resilienz einer
Volkswirtschaft. Was plane die Bundesregierung,
um den privaten Konsum wieder zu beleben?

Abg. **Leif-Erik Holm** (AfD) äußert, seine Fraktion
teile die Bestandsaufnahme der Ministerin grund-
sätzlich in vielen Punkten. Wenn sie in Bezug auf
dieses Jahr den Kalendereffekt oder die staatlichen
Investitionen herausrechneten, gebe es nicht wirk-
lich eine Belebung. Die Ursachen seien weitgehend
strukturell. Sie sähen in der Politik der neuen Ko-
alition sehr viele Widersprüche. Es sei von Bürokra-
tieabbau die Rede, aber das Lieferkettengesetz sei
immer noch da. Gleichzeitig sei das Tariftruege-
gesetz eingeführt worden, ein neues Bürokratiemon-
strum. Die Steuern und Abgaben sollten zwar redu-
ziert werden, aber die Abgaben stiegen tendenziell.
Die Koalition spreche von Technologieoffenheit, es
gebe aber wieder neue Milliardensubventionen für
E-Autos. Der Kern der falschen Politik sei die Wei-
terführung der Energiewende, die nicht funktio-
niere. Die Energiepreise seien hoch und die Bun-
desregierung sprengte Kühltürme von Kernkraftwer-
ken, die sie eigentlich reaktivieren müssten, um
weniger abhängig vom Ausland zu sein. Er möchte
wissen, wie die Bundesregierung die teure



Energiewende in den nächsten Jahren weiter finanzieren wolle.

Abg. **Sebastian Roloff** (SPD) führt an, er halte grundsätzlich nichts von Schwarzmalerei, insbesondere, weil Deutschland weiterhin ein sehr attraktiver Standort sei. Das zeige auch die Schätzung des IW (Institut der Deutschen Wirtschaft), wonach 2025 96 Milliarden Euro Investitionen aus dem Ausland in den deutschen Standort erfolgten. Auch bei den Aufträgen im Baugewerbe gebe es einen deutlichen Aufwuchs. Beim privaten Konsum gebe es allerdings nur ein sehr moderates Wachstum. Dies zeige, dass die Leute weniger Geld zur Verfügung hätten. Er fragt, ob die Bundesregierung eine Notwendigkeit sehe, bezüglich der Binnennachfrage tätig zu werden. Welche weiteren Maßnahmen seien im Hinblick auf die hohen Energiepreise geplant?

Abg. **Dr. Sandra Detzer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, aus ihrer Sicht ergebe sich zusammenfassend ein sehr düsteres Bild. Die deutsche Wirtschaft stehe nach wie vor im perfekten Sturm. Die Maßnahmen der Bundesregierung hätten im Kern denselben Effekt wie die zufällige Terminierung von Feiertagen. Man könnte nicht davon sprechen, dass die Maßnahmen auch nur ansatzweise eine Stabilisierung herbeiführten.

Eine Staatssekretärin aus dem Ministerium von Frau Reiche habe von Lifestyle-Teilzeit gesprochen und sie möchte wissen, ob das auch die Position der Ministerin sei. Gehe die Ministerin davon aus, dass sie so insbesondere erwerbstätige Frauen motivieren könne, mehr als Teilzeit zu arbeiten? Weiterhin möchte sie wissen, warum die Bundesregierung nicht Planungssicherheit für die Unternehmen schaffe, beispielsweise durch die Beibehaltung der 65 Prozent Vorgabe im Gebäudeenergiegesetz.

Abg. **Sandra Stein** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) äußert, die Ministerin habe ausgeführt, dass eine Investitionsoffensive gestartet worden sei und Wachstumsimpulse maßgeblich auf öffentliche Investitionen zurückzuführen seien. Die Wirtschaftsweisen hätten die Haushaltspolitik und die Nutzung des Sondervermögens stark kritisiert. Das IWK habe festgestellt, dass jeder zweite Euro des Sondervermögens zweckentfremdet werde und damit die Entfesselungsspielräume für öffentliche Investitionen eben nicht in dem Maße genutzt

würden. Was seien die konkreten Forderungen zur Mittelnutzung aus dem Sondervermögen, um wichtige wirtschaftspolitische Impulse für die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit des Standortes zu setzen? Wann komme die Stromsteuersenkung für alle Unternehmen und alle Privatpersonen?

Abg. **Janine Wissler** (Die Linke) kritisiert, dass es Diskrepanzen zwischen Analyse und Schlussfolgerungen gebe. Die Ministerin habe eingangs gesagt, dass die Exportschwäche aufgrund externer Faktoren, die schwer zu beeinflussen seien, anhalten werde. Es hieße, dass das Wachstum auf öffentliche Investitionen und auf eine Stärkung der Binnennachfrage zurückzuführen sei. In dem Bericht sei nachzulesen, dass die realen Bruttolöhne sich zwar erhöht hätten, aber immer noch unter dem Niveau von 2019 gelegen hätten. Welche Maßnahmen plane die Bundesregierung, um die Binnennachfrage zu stärken. Halte die Bundesregierung in Bezug auf die Infrastruktur nicht dauerhafte hohe öffentliche Investitionen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten für notwendig? Welche Maßnahmen plane die Bundesregierung, um die Importabhängigkeit bei Energie zu reduzieren?

BMn **Katherina Reiche** (BMWE) antwortet zunächst auf die Frage von Herrn Dr. Wiener zur Priorisierung, die schwierige demografische Situation führe dazu, dass mehr Fachkräfte den Markt verließen als nachkämen. Gleichzeitig werde die Bevölkerung älter. Der Druck auf die sozialen Sicherungssysteme steige. Die Bundesregierung müsse also die Produktivität der im Arbeitsmarkt verbleibenden Personen steigern und die Aufnahme von Erwerbsarbeit attraktiver gestalten. Auch das Thema Teilzeit spiele eine Rolle. Bezüglich der Produktivität pro Stunde sei Deutschland gleichauf mit Japan und den USA. Allerdings verliere Deutschland über das Jahr gerechnet, weil die geleisteten Arbeitsstunden im Vergleich aufsummiert geringer seien. Als belastend würden Bürokratie, Auflagen und langsame Prozesse empfunden. Vor diesem Hintergrund hätten sie das Vergaberecht modernisiert, sowohl im Bereich der Verteidigungsinfrastruktur als auch im Bereich der zivilen Investitionen. Das Institut für Weltwirtschaft in Kiel komme zu dem Schluss, wenn sie die Vergabe der Bundeswehr mit Innovationen kombinierten, kämen sie auf ein Wachstum von bis zu einem Prozent. Es gebe in Deutschland so viele



Start-ups im Defense-Bereich wie in fast keinem anderen Land. Das Kabinett habe im November Entlastungen in Höhe von 160 Millionen Euro und insgesamt 50 Maßnahmen beschlossen. Mit den Ländern hätten sie gemeinsam 200 weitere Maßnahmen für Bürokratieabbau beschlossen.

Zu dem Thema Binnennachfrage führt sie an Frau Wissler und Herrn Roloff gewandt aus, der Anstieg des Mindestlohns sei ein wichtiger Schritt. Darüber hinaus sei die Steigerung der Produktivität von höchster Wichtigkeit, sie müssten die Unternehmen wieder zu Wachstum bringen. Wer mehr produziere, könne auch bessere Löhne zahlen und stabilisiere damit die sozialen Sicherungssysteme. Starke Unternehmen und gut bezahlte Jobs im Inland seien die beste Voraussetzung für Wachstum, mehr Konsum und mehr Sicherheit. Der Staat müsse nun gezielt Impulse setzen, um beispielsweise die Infrastruktur zu erneuern, was dringend notwendig sei. Aber die Impulse des Staates könnten private Investitionen niemals aufwiegen.

An die Frage von Herrn Holm anknüpfend erklärt sie, das Thema Bürokratieabbau sei sehr wichtig. In Bezug auf das Lieferketten-Sorgfaltspflichtengesetz hätten sie die Lasten und die Berichtspflichten deutlich verringert. Auf europäischer Ebene werde am 12. Februar 2026 ein wichtiges Treffen stattfinden, bei dem sich die Staats- und Regierungschefs zu wesentlichen Wachstumsimpulsen beraten würden, die auch den Abbau von Bürokratie zum Inhalt hätten.

Sie könne sich nicht daran erinnern, dass die Bundesregierung den Kühlturm gesprengt habe. Für die Bundesregierung sei die Kraftwerkstrategie sehr wichtig. Für eine Übergangszeit benötigten sie Gaskraftwerke, da diese schnell zuschaltbar seien und als komplementär zu den erneuerbaren Energien genutzt werden könnten. Die erneuerbaren Energien bauten sie parallel weiter aus. Die Bundesregierung tue alles dafür, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auszubauen und national voranzukommen. Die Bundesregierung werde von der Umsetzung von CfDs (Contracts for Difference) für erneuerbare Energien über Clawback-Mechanismen auch das umsetzen, was die Europäische Union von den Mitgliedstaaten verlange und was notwendig sei, um die erneuerbaren Energien in Deutschland stabil zu halten. Gleichzeitig müsse die Bundesregierung dafür sorgen, dass sich die Belastungen aus dem Stromnetzausbau und dem

notwendigen Kapazitätsausbau in einem verträglichen Rahmen hielten. Auch die Schuldentragfähigkeit sei wichtig. Die Bundesregierung werde sehr genau darauf achten, ob das Kriterium der Zusätzlichkeit erfüllt sei. Das BMWF unterziehe seine Förderprogramme einem kritischen Review.

Der Jahreswirtschaftsbericht sei ein positiver Impuls. Im Hinblick auf privaten Konsum weise sie darauf hin, dass die Bundesregierung das Thema Tariftreue als Aufgabe sehe, wenn es um die öffentlichen Aufträge des Bundes gehe. Tariftreue werde aber auch mit Chancen für den kleinen Mittelstand kombiniert, sich auch an öffentlichen Aufträgen zu beteiligen. Die Bundesregierung habe außerdem die Dokumentationspflichten vereinfacht und plane, die EU-Entgelttransparenzrichtlinie bürokratiearm umzusetzen.

An Herrn Roloff gewandt führt sie aus, die Binnennachfrage und die privaten Investitionen stiegen dann, wenn sie Sicherheit hinsichtlich der Rahmenbedingungen geben könnten und die angebotsorientierten Strukturreformen fortführten. Außerdem müssten sie die Energiepreise senken. In diesem Zusammenhang verweise sie auf den Industriestrompreis und die Strompreiskompensation. Wann die Stromsteuer abgesenkt werde, berieten sie aktuell mit dem Bundesfinanzminister. Das GEG sollte man nicht als Ausweis von Investitionssicherheit darstellen, denn im Nachgang sei der Absatz von Wärmepumpen dramatisch eingebrochen und die Sanierungstätigkeit sei zurückgegangen. Die Bundesregierung wolle nun für Sicherheit im Markt sorgen. Der Gebäudesektor müsse seinen Beitrag zum klimafreundlichen Bauen und dem Einsatz erneuerbarer Energien liefern, aber gleichzeitig müsse er so flexibel und offen wie möglich sein, also keine Technologie ausschließen. Das Ordnungsrecht müsse milder angewandt werden. Die Diversifizierung werde weiter vorangetrieben.

Abg. **Dr. Klaus Wiener** (CDU/CSU) ergänzt in Bezug auf seine Frage zum Zusammenspiel von Staatskonsum und privater Nachfrage, er wolle wissen, wie man es schaffen könne, dass der staatliche Konsum im Trend weniger stark ansteige, damit mehr Luft für private Nachfrage bleibe. Die Lohnnebenkosten und Sozialbeiträge minderten das Nettoeinkommen. Die Debatte zum Arbeitsangebot müsse weiterhin sachlich geführt werden. In Bezug auf das Thema Außenwirtschaft führt er an, neben



der europäischen Integration sei es auch wichtig, sich mit Mittelmächten wie beispielsweise Kanada zusammen zu schließen.

Abg. **Enrico Komning** (AfD) meint, der wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages habe eine Äußerung von Friedrich Merz von Anfang Januar zum Anlass genommen, eine Analyse der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands durchzuführen. Das Ergebnis sei aus seiner Sicht sehr kritisch gewesen. Deutschland habe nach wie vor die höchsten Unternehmenssteuern, den höchsten Industriestrompreis und der deutsche Anteil am weltweiten Bruttoinlandsprodukt habe sich seit 1995 halbiert. Die vom Bundeskanzler angekündigte Wirtschaftswende sei bisher ausgeblieben. Aus der Sicht seiner Fraktion liege dies daran, dass die Bundesregierung an der grünen ideologischen Transformationspolitik festhalte. Er fragt Bundesministerin Reiche, wo diese die Versäumnisse der Vorregierungen sehe und was sie grundsätzlich ändern wolle.

Abg. **Sebastian Roloff** (SPD) führt in Bezug auf das Thema Außenwirtschaft aus, diese bleibe eine Herausforderung. Sie freuten sich, dass der Rohstofffonds nun laufe. Er möchte wissen, ob es in diesem Bereich noch Reformüberlegungen gebe und welche Maßnahmen zur Sicherung der Rohstoffversorgung geplant seien. In der Union gebe es Debatten über die Aufweichung von Klimazielen, die zu einer gewissen Verunsicherung bei Unternehmen führten, die sich auf den Weg gemacht hätten und Planungssicherheit bräuchten. Er möchte wissen, ob es hier eine geeinte Position in der Bundesregierung gebe.

Abg. **Johannes Wagner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, es sei unbestritten, dass Wohlstand mehr sei als nur BIP-Wachstum. Das komplette Kapitel zur sozial-ökologischen Wohlfahrtsmessung sei aus dem Jahreswirtschaftsbericht herausgestrichen worden. Themen wie Gender Pay Gap, Ausbildungsabbrüche, Luftqualität und Wasserverschmutzung hätten ebenfalls einen Einfluss auf den Wohlstand der Menschen in Deutschland. Er möchte wissen, was die Gründe für diese Streichung gewesen seien.

Abg. **Agnes Conrad** (Die Linke) erinnert zunächst an die Frage ihrer Kollegin, ob die Ministerin die

Forderung teile, das Recht auf Teilzeit einzuschränken. Sie selbst interessiere vor allem die Strategie für die Industrie. Trotz des leicht gestiegenen Umsatzes erlebten sie immer noch Standortschließungen, Massenentlassungen und einen sehr ungeordneten Umbau. Aus ihrer Sicht würden nun mehr Betriebe auf Rüstungsaufträge setzen, als es realistisch Aufträge geben werde. Sie möchte wissen, ob es hier von Seiten der Bundesregierung noch eine Klarstellung und Größeneinordnung geben werde, um diese Diskrepanz offenzulegen. Außerdem möchte sie wissen, wieso Kapazitäten beim Ausbau erneuerbarer Energien und Zukunftstechnologien weggenommen würden für sogenannte Zwischenlösungen.

BMn **Katherina Reiche** (BMWE) antwortet zunächst zu dem Thema Lohnnebenkosten an Herrn Dr. Wiener gewandt, die Sozialstaatskommission habe wichtige Beschlüsse gefasst. Die Rentenkommission werde ebenfalls Beschlüsse erarbeiten. Der Ausbau der privaten Altersvorsorge als Entlastung von den umlagefinanzierten Systemen müsse nicht nur gestärkt werden, es müssten private Pfeiler aufgebaut werden. Zum Stichwort Telekom, es sei bemerkenswert, dass Investitionen in die deutschen Übertragungsnetze und in andere Infrastrukturen für Investoren aus Kanada interessanter seien als für Kapitalsammelstellen aus Deutschland.

Im Hinblick auf das Thema Zusammenarbeit mit Mittelmächten erklärt sie, Partnerschaften seien wichtig und bereits bestehende Zusammenarbeiten müssten vertieft werden. Hierzu zählten auch Abkommen mit Singapur, Indonesien, Mexiko und Australien. Die Rohstoffsicherung sei eines der sehr zentralen Themen, die die G7, aber auch die G7 Plus beschäftigten. Der Rohstofffonds sei ein erster guter Ansatz. Es sei außerdem gelungen, gemeinsame Projekte mit Kanada und Australien einzugehen.

An Herrn Komning gewandt führt sie aus, die AfD beschäftige sich intensiv mit der Aufarbeitung von Versäumnissen, ihre Aufgabe sei es hingegen, nach vorn zu blicken und nach vorn zu arbeiten. Die Bundesregierung wolle die Attraktivität des Standortes Deutschland erhöhen. Investoren berichteten ihnen, es sei problematisch, wenn andere Staaten Institutionen infrage stellten und die Rechtssicherheit sei ein hohes Gut. In Deutschland gebe es tolle



Unternehmen und die begonnene Reformagenda sei ein guter Weg, den es fortzuschreiten gelte.

An Herrn Roloff gewandt führt sie aus, es gebe keinen Kabinettsbeschluss und keine Vorhaben, welche die Klimaziele infrage stellten. Ein separates Kapitel gebe es nicht mehr, aber vieles fände sich in anderen Berichten. Beispielsweise das Indikatoren-System, auf dem die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie beruhe oder der Armuts- und Reichtumsbericht.

Zum Thema Teilzeitarbeit erklärt sie, wer in Teilzeit arbeite, habe verschiedene Gründe dafür. Es sei ein typischer Reflex, Vorschläge zu zerreißen, weil sie auf der einen Seite nicht weit genug gingen und auf der anderen Seite abgelehnt würden. Wenn jemand Teilzeit arbeite, weil die Betreuungsmöglichkeiten nicht ausreichten, dann sei es mehr als sinnvoll, das Betreuungsangebot auszubauen. Ein Problem sei, wenn sich Mehrarbeit nicht lohne, weil gerade bei unteren Einkommensgruppen jede Mehrarbeit zu steuerlich negativen Effekten führe. Es müsse darum gehen, Arbeit attraktiv zu machen. Hier werde die Bundesregierung weitere Schritte gehen.

Wenn Deutschland im Tech-Bereich Satellitenunternehmen, Radarunternehmen, Drohnenunternehmen und tolle Start-ups habe, dann sei das ein gutes Zeichen. In Bezug auf das Thema E-Mobilität habe die Bundesregierung die E-Mobilitätsförderung beschlossen. Den Zubau an Photovoltaik hätten sie weder gestoppt noch angepasst.

Der **Vorsitzende** bedankt sich bei Ministerin Reiche für ihre Ausführungen und schließt die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 12:21 Uhr

Christian Frhr. von Stetten, MdB

Vorsitzender



Anlage:

Antwort des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie vom 9. Februar 2026 auf die Fragen des Abgeordneten Jörg Cezanne (Die Linke) unter TOP 1c:

1. Die Deutsche Umwelthilfe hat ein Papier mit dem Titel Non-paper Power Plant Strategy 2031 (DRAFT), datiert auf den 31.12.2025 veröffentlicht. Ist dieses echt und stammt es von der Bundesregierung? Ist dies so noch aktuell?

Das von der Deutschen Umwelthilfe veröffentlichte Papier entspricht nicht der Verständigung mit der Europäischen Kommission über Eckpunkte für die Kraftwerkstrategie, die Mitte Januar 2026 abgeschlossen und kommuniziert wurde (siehe Pressemitteilung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie vom 15. Januar 2026). Die Bundesregierung weist dabei darauf hin, dass das Beihilfeverfahren mit dieser Grundsatzeinigung zu den Eckpunkten noch nicht abgeschlossen ist. Die Kraftwerksstrategie muss nach Vorlage des Gesetzentwurfes noch abschließend von der Europäischen Kommission beihilferechtlich genehmigt werden.

2. Warum sieht die Bundesregierung laut Einigung mit der EU Kommission keine zeitliche Laufzeitbeschränkung (eingesetzte Betriebsstunden) pro Jahr für neue Gaskraftwerke vor, um so (i) anderen Technologien (Speichern, Flexibilitäten, etc.) den nötigen Schub (Pulleffekt) zu verleihen und (ii) sicherzustellen, dass Gas tatsächlich nur für die Überbrückung von Engpässen wie Dunkelflauten eingesetzt wird?

Über einen Kapazitätsmarkt erhalten Betreiber von steuerbaren Kapazitäten Zahlungen dafür, dass sie ihre Kapazitäten vorhalten, um jederzeit Strom bereitstellen zu können, wenn die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien nicht ausreicht, um den Bedarf zu decken. Der Einsatz der Kraftwerke entscheidet sich weiterhin effizient über den Strommarkt auf Basis der Merit Order, die dafür sorgt, dass immer die günstigste Erzeugungstechnologie zum Einsatz kommt.

3. Wie wird sichergestellt, dass auch kleinere Anbieter in den Ausschreibungen der 10 GW mit Mindestbringungsdauer zum Zug kommen, wie z.B. Stadtwerke? Wird die Bundesregierung auch die Vergabe kleiner Lose in Betracht ziehen?

In der Grundsatzeinigung hat sich das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie mit der Europäischen Kommission auf verschiedene Maßnahmen verständigt, die den Wettbewerb stärken: Die Ausschreibungen werden technologieoffen ausgestaltet. Zugelassen sind grundsätzlich alle steuerbaren Kapazitäten, die zur Versorgungssicherheit beitragen. Auch Kleinanlagen und aggregierte Anlagen (Pooling) können Zuschläge erhalten. Die genauen Teilnahmevoraussetzungen werden momentan noch ausgearbeitet.